

Kommodifizierung von Care und Arbeitsmarktintegration von Frauen – neue Herausforderungen für die Familienpolitik am Beispiel Österreich

Der Ausbau öffentlicher Kinderbetreuungseinrichtungen, die Neuorganisation der 24-Stunden-Pflege, die Beteiligung der Väter an der Care, niedrige Geburtenraten – ein großer Teil der derzeit aktuellen politischen Diskurse betrifft die *Care Economy* und fällt zugleich in die Zuständigkeit der Familienpolitik. Es geht um die Re- bzw. Neuorganisation von Betreuungsarbeit, um die Bewertung dieses Tätigkeitsfeldes, um die Rahmenbedingungen, unter denen Betreuungsarbeit immer noch primär von Frauen geleistet wird oder eben auch – siehe Geburtenrate – nicht geleistet wird. Im Beitrag sollen einige Positionen aus der feministischen Ökonomik zu diesem komplexen Arbeitsbereich vorgestellt und mit Bezug auf Österreich Konsequenzen für die Familienpolitik abgeleitet werden.

Im ersten Teil soll gezeigt werden, dass sich beide Arten von Betreuungsrechten, das *Recht zu betreuen* und jenes *nicht zu betreuen*, sich aus Sicht der feministischen Ökonomie begründen lassen. Die Herausforderung besteht somit nicht darin, diese Rechte einander gegenüber zu stellen, sondern beide Rechte auf einer gesellschaftspolitisch wie auch wohlfahrtsstaatlich erst zu konstituierenden Ebene zu verbinden.

Solange soziale Anerkennung durch Erwerbsarbeit ein wesentliches Merkmal unserer Gesellschaft darstellt, ist die weitere „Vermarktlichung“ von Care unverzichtbar. Es steht daher nicht zur Diskussion, *ob* Betreuungsarbeit über marktvermittelte Prozesse angeboten und gestaltet werden soll, sondern *wie* diese Prozesse selbst gestaltet sind, wie sie durch die Betroffenen beeinflussbar sind, wie sich ein solcherart neues *Care-Regime* in Familienpolitik und in weiterer Folge in die Arbeitsmarktentwicklung einfügen lässt. Darum soll es, mit Fokus auf die österreichische Situation, im zweiten Teil des Beitrages gehen. Die Familienpolitik ist gefordert, die Bedingungen der Vermarktlichung von Betreuungsarbeit in ihr Aufgabenfeld einzubeziehen: es geht um die Schaffung guter Rahmenbedingungen in Pflegejobs jeglicher Art, in Kinderbetreuungseinrichtungen, in sozialen Dienstleistungseinrichtungen etc. Die Arbeitsmarkt- und Sozialpolitikforschung stehen hier noch vor großen Herausforderungen, gilt es doch, den besonderen Charakter dieses Arbeitsfeldes zu erfassen und adäquat einzubeziehen.

Darüber hinaus ist die Verteilung von Betreuungsarbeit zwischen den Geschlechtern immer noch extrem asymmetrisch, Familienpolitik muss daher auch die Gleichstellungsperspektive aktiv verfolgen. Die Idee eines *Gender Mainstreamings* der Familienpolitik wird abschließend skizziert.

Margareta Kreimer

Institut für Volkswirtschaftslehre, Universität Graz

8010 Graz, Österreich

Tel: ++43 316 380 3456; Fax: ++43 316 380 9520; email: margareta.kreimer@uni-graz.at